

Herr Gleß führte einleitend aus, dass heute die aktuelle Planung zum Huma-Einkaufszentrum durch Herrn Siegfried vom Büro Chapman-Taylor vorgestellt werde.

Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, in der heutigen Sitzung nicht nur den Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans (VBP) zu fassen, sondern darüber hinaus den Beschluss zur Offenlage des VBP. Von dem Letztgenannten habe man jedoch aus dem Grund Abstand genommen, dass am 24.05.2011 das 3. Stadtforum stattfindet und hier geplant sei, wie bereits in den Foren davor, die Bürgerinnen und Bürger zu Wort kommen zu lassen, damit sie ihre Ideen, Anregungen oder Bedenken artikulieren können, um diese ggf. noch in die Planung einzuarbeiten. Es wäre sicherlich ein falsches Signal gewesen, das Stadtforum als Bestandteil der gesetzlich vorgeschriebenen Offenlage zu machen und somit die Mitwirkung und Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden. Daher stehe heute der Aufstellungsbeschluss an. Nach dem 3. Stadtforum am 24.05.2011 sei dann beabsichtigt, in der Sitzung des Zentrumsausschusses am 08.06.2011 den Beschluss zur Offenlage herbeizuführen.

Herr Siegfried vom Büro Chapman-Taylor stellte anhand eines Power-Point-Beitrages den aktuellen Stand der Planung vor.

Herr Gleß legte dar, dass er aus diesem Beitrag nochmals verschiedene Punkte herausstellen wolle. Danach handele es sich bei dem Projekt des Huma-Einkaufspark eben nicht um ein klassisches Einkaufszentrum, wie man es aus anderen Projekten in anderen Städten heraus gewohnt sei. Hierzu führte er beispielhaft die neue Ausrichtung hin zur Marktplatte, die Umgestaltung der Stadtbahnhaltestelle und den angrenzenden Grüngürtel an. Auch durch den angestrebten Nutzungsmix, die hochwertige Gestaltung und die Umsetzung von Teilprojekten, deren sich eigentlich die öffentliche Hand annehmen müsse, hier aber partnerschaftlich zwischen Stadt und Investor in Angriff genommen werden, werde klar, dass der Huma-Einkaufspark nicht selbst, sondern wichtigster Bestandteil der „Urbanen Mitte“ sein werde.

Hinsichtlich der Verkehrslenkung reiche es nicht aus, sich auf den Mikrokosmos des Zentrums zu beschränken und den Verkehr kleinräumig zu leiten, sondern müsse im Grunde bereits bei den Autobahnabfahrten mit einer entsprechenden Beschilderung ansetzen. Hierzu stehe die Verwaltung mit dem Landesbetrieb, dem Rhein-Sieg-Kreis und der Stadt Siegburg in Gesprächen zu einer Beschilderung, die den eigentlichen Zielen, die angefahren werden, auch gerecht werden.

Die räumliche und funktionale Mitte der Stadt sei das Rathaus mit dem Marktplatz. Die geläufige Bezeichnung „Marktplatz“ werde seiner Bedeutung und Funktion nicht gerecht. Er sei daher dankbar, dass sich Investor und Stadt darüber einig sind, dass der Platz neu gestaltet werden müsse, um eine Belebung herbeizuführen. Dabei spiele die Gastronomie eine große Rolle. Entsprechende Einrichtungen sollten auch abgekoppelt von den Öffnungszeiten des Einkaufszentrums erreichbar und offen sein. Dies werde ein Schlüssel sein zur künftigen Belebung des Marktplatzes.

Heute habe ein Gespräch mit der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg stattgefunden, bei dem es um die Herstellung von Korrespondenzen zwischen den Baufeldern MK 1 und MK 2 mit dem Zentrum östlich und westlich der Rathausallee gegangen sei. Dabei wurde von Seiten der Hochschule versichert, dass sich die Studenten ein Stück weit Urbanität und gastronomische Einrichtungen wünschten. Daher sei er erfreut darüber, dass die Erdgeschosszone entlang der Rathausallee nicht mit Stellplatzanlagen versehen werde, sondern Dienstleistung, Geschäfte und Gastronomie vorgesehen seien mit Ausrichtung hin zur Rathausallee. Dies sei auch im Hinblick auf anstehende Investitionen auf den Baufelder MK 1 und MK 2 im Rahmen des Masterplans wichtig, mit

möglicherweise ähnlicher Nutzungsausrichtung. Langfristig bedeute dies eine Veränderung des Charakters der Rathausallee.

Abschließend wies Herr Gleß darauf hin, dass mit der Sitzungsvorlage ein Extrakt dessen vorliege, was der Investor als Antrag auf Einleitung des vorhabenbezogenen B-Plans eingereicht habe. Die Versendung der kompletten Antragsunterlagen (1 Ausfertigung = 3 Aktenordner) hätte möglicherweise zu Irritationen geführt. Deshalb sei an die Fraktionen eine CD-ROM mit allen Unterlagen ergangen, die der Verwaltung eingereicht wurden.

Herr Köhler trug vor, dass die Fraktion AUFBRUCH! der Planung nach wie vor sehr positiv gegenüber stehe. Gleichwohl befinde man sich in einem Beratungsprozess, in dem, wenn notwendig, auch kritische Dinge anzumerken seien.

Ihm sei wichtig, darauf hinzuweisen, dass eine sehr enge und dichte Verschränkung zwischen Masterplan und B-Plan bestehe und deshalb sehr achtsam mit dem B-Plan umzugehen sei, um keine Festsetzungen zu treffen, die nachher dem Masterplan zuwider laufen.

Wie er vernommen habe, beinhalte die Planung eine Kindertagesstätte, wobei er die Darstellung einer Außenspielfläche vermisst habe.

Bei Durchsicht der Unterlagen zum Masterplan sei ihm aufgefallen, dass dort eine Erschließung des Tacke-Geländes angedacht werde, die auch Verwendung finden könnte bei einer anderen Zuführung oder Positionierung der Spindel. Die Spindel stünde sehr zur Diskussion und mit einer Verlagerung in nördliche Richtung auf das Tacke-Gelände würden sich die Probleme der Anlieger zumindest verringern.

Der Marktplatz müsse zur funktionalen Mitte der Stadt gestaltet werden, was er neben der Spindel für eines der schwierigsten Unterfangen halte.

Herr Günther legte dar, dass auch die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN weiterhin hinter dem Projekt stehe, woran auch die Anträge und Anfragen nichts ändern würden. Vielmehr wolle man das Projekt damit auch unterstützen.

Bezüglich der den Fraktionen überlassenen Unterlagen zum Antrag auf Einleitung des VBP finde er es von der Handhabung und Lesbarkeit her praktischer, wenn jede Fraktion wenigstens ein ausgedrucktes Exemplar erhalten würde.

Zur Objektbeschreibung in der Sitzungsvorlage habe er einige Anmerkungen bzw. Fragen. Auf Seite 27, Ziff. 1.2.2, vorletzter Absatz, heiße es, dass verschiedene Anlieferhöfe über die Hubert-Minz-Straße erschlossen würden. Seines Wissens erfolge die Anlieferung ausschließlich über die Rathausallee.

Auf Seite 32, Ziff. 2.4, Absatz 2, heiße es, dass eine zusätzliche Busspur die bestehende Buswendeschleife mit der neuen Verbindungsspanne Richtung Rathausallee verbinden soll. Dies sei zum derzeitigen Stand der Planung so gut, müsse allerdings dann auch auf allen Plänen dargestellt werden.

Auf Seite 34, Absatz 1, stehe, dass die Ein- und Ausfahrt zur Baustelle in der Phase des 1. Bauabschnitts über die Südstraße erfolgen soll. Hierzu bat er um Aufklärung, wo genau das stattfinden soll. Im 5. Absatz gehe es um einen zweiten, temporären Zugang im Osten, der mit Fertigstellung der Gesamtmaßnahme geschlossen werden soll. Hier stelle sich die Frage, ob dieser Zugang nicht auf Dauer beibehalten werden könnte.

Auf Seite 33 sei die Rede von 2.150 Stellplätzen, im Gegensatz zu Seite 46, wo 1.749 Stellplätze angeführt werden. Hierzu bat er um Klarstellung.

Frau Feld-Wielpütz bedankte sich für die CDU-Fraktion für den ausführlichen Vortrag. Einiges hätten ihre Vorredner bereits aufgegriffen, so dass sie sich auf die offen gebliebenen Fragen

beschränke.

Hinsichtlich der Stellplätze werde ausgeführt, dass ein Bedarf an 1.611 Stellplätzen bestehe und insgesamt 1.749 Stellplätze geplant sind. An Behindertenstellplätzen werde 1 % des Gesamtstellplatzangebotes ausgewiesen und nehme dabei Bezug auf die gute ÖPNV-Anbindung. Dennoch sei es für den betroffenen Personenkreis nicht immer einfach, ihr Ziel zu erreichen. Sie bat daher um Überprüfung und ggf. Nachbesserung. Gleiches gelte auch für die Anzahl der Frauenstellplätze, wozu derzeit von 3 % des Gesamtstellplatzangebotes ausgegangen werde. Zu diesen Stellplätzen sowie den Stellplätzen für die Mitarbeiter hätte sie gerne gewusst, wo sie vorgesehen sind.

Bezüglich der Fassade der nördlichen Bebauung an der Rathausallee stelle sie heute eine Abweichung gegenüber der letzten Präsentation fest, wonach deren Höhe in etwa der des gegenüber liegenden Hauses des Handels und der Wirtschaft entsprechen sollte. Möglicherweise gehe dies aber auch nur mit der Fassadengestaltung einher.

Die Diskussion zum Bürgerforum sollte bei den Kolleginnen und Kollegen des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses fortgeführt werden. Hier stelle sich die Frage, ob es bereits Pläne gebe, wie das Bürgerforum bewirtschaftet werden und zu welchem Zeitpunkt sich die Politik konkret mit der Angelegenheit befassen soll.

Die vorgestellte überarbeitete Gestaltung der Spindel finde ihre Zustimmung. Auch wenn man mit der Spindel nicht glücklich sei, müsse eine Erschließungsmöglichkeit gefunden werden. Unklar geblieben sei ihr noch der Verlauf des Fußweges im Bereich Tacke/Spindel, wozu sie nochmals um Aufklärung bat.

Die Fassadengestaltung, mit den unterschiedlichen Materialien, sei hervorragend. Das Werbekonzept zu den Außenfassaden müsse noch vorgelegt und beraten werden.

Herr Schmitz-Porten sprach seinen Dank für den Vortrag von Herrn Siegfried aus. Es liege eine Planung vor, die sich im Zeitplan bewege. Auch der noch ausstehende Beschluss zur Offenlage bedeute nicht den Endpunkt der Beratungen und Überlegungen. Alles, was bisher bereits erarbeitet wurde bzw. noch erarbeitet wird, werde Bestandteil der Offenlage und danach weiter zu beraten sein.

Natürlich stünden die Verkehrsprobleme allen Beteiligten vor Augen. So sei die B 56 bereits zum heutigen Zeitpunkt eine belastete Straße. Das Verkehrsstrommodell habe deutlich gemacht, dass der Verkehr noch zunehmen werde. Es sei eben Tatsache, dass ein Magnet in Gestalt des neu entstehenden Einkaufszentrums mehr Verkehr auslösen werde, mit allen dadurch eintretenden Problemen, deren Bewältigung selbstverständlich nicht einfach sein wird. Dies sei allen Beteiligten auch bewusst.

Die Erschließung mit der Spindel sei von den Fachleuten als das Mögliche und Machbare dargestellt worden. Alternativen seien geprüft und in den verschiedenen Gremien und Veranstaltungen detailliert dargestellt worden. Man werde sehen, ob anlässlich des nächsten Stadtforums weitere Ideen eingebracht werden, und der Zentrumsausschuss sowie in der Folge der Rat der Stadt müsse eine abschließende Entscheidung treffen. Den anwesenden Anliegern der Spindel versicherte er, dass deren Probleme auch die der Fraktionen seien. Keiner werde ein solches Bauwerk leichtfertig an dieser Stelle errichten. Die Planungen hätten gegenüber dem ursprünglichen Entwurf bereits Veränderungen in der Höhe und optischen Gestaltung erfahren. Damit gehe man in die Offenlage, die, wie er bereits ausgeführt habe, keinen Endpunkt darstelle.

Was die Gestaltung des Baukörpers des Einkaufszentrums betreffe, wolle man keinen „Betonklotz“ hingesetzt bekommen. Auf entsprechende Vorschläge von Seiten der Bürgerschaft und der Fraktionen sei man bei der Planung bereits eingegangen, wenngleich man immer noch viele Flächen und große Körper sehe. Er vertraue aber darauf, dass der Kompromiss zwischen

dem funktional Notwendigen und optisch Erforderlichen gefunden werde. Dabei müsse allen klar sein, dass die visuelle planerische Darstellung auch des Bereiches der Ostfassade mit der Spindel und dem neu entstehenden RWE-Strommast üblicherweise der Realität nicht ganz standhalten könne.

Bei der Planung des Marktplatzes seien im Hinblick auf zukünftig stattfindende größere Veranstaltungen statische Überlegungen zu berücksichtigen. Um den Marktplatz zu beleben, müsse dort zukünftig mehr als heute stattfinden. Dazu bedürfe es entsprechender Innen- und Außengastronomie sowie evtl. auch kleinerer Bühnen, um einen Anreiz zum Besuchen und Verweilen auf dem Marktplatz zu schaffen.

Abschließend gab er die Anregung, neben den Behinderten- und Frauenstellplätzen auch spezielle Stellflächen für Familien mit Kindern zu berücksichtigen.

Herr Küpper führte aus, dass Planungen vorliegen, die der Stadt Sankt Augustin bzw. dem Marktplatz Leben einhauchen werden. Die Beiträge zur Spindel wolle er nicht wiederholen, bat jedoch zu beachten, dass die Zustände, wie sie an der Kreuzung B 56/Arnold-Janssen-Straße/Hennefer Straße aufgetreten sind, hier nicht wiederholt und vermieden werden. Darauf sei ein besonderes Augenmerk zu legen. Auch ihn interessiere, wie das neue Bürgerforum betrieben werden soll. Mit Blick auf das Zentrum habe man auf der einen Seite das neue Einkaufszentrum und auf der anderen das Rathaus. Hier stelle sich die Frage, ob langfristig eine Anpassung des Rathauses an das neue Einkaufszentrum geplant sei.

Nachfolgend wurden die Fragen der Fraktionen beantwortet.

Herr Siegfried teilte mit, dass man von dem ursprünglich vorgesehenen Standort für die Kindertagesstätte im östlichen Bereich abgesehen habe und zeigte mögliche Standorte im nördlichen Bereich des Einkaufszentrums auf.

Zur Verlagerung der Spindel bzw. der Zufahrt zur Spindel über das Tacke-Gelände führte Herr Johannsen aus, dass über eine solche Maßnahme nicht nur nachgedacht wurde, sondern diese auch intensiv geprüft worden sei. Man habe die alternativen Anbindungsmöglichkeiten von der B 56 mehrfach durch das Büro Gevas untersuchen und bewerten lassen. Die Anbindung stehe immer in Abhängigkeit zum nächsten Ampelpunkt. Hier bedürfe es eines Mindestabstandes zwischen zwei Kreuzungen und Ampelpunkten, damit es nicht zu Konflikten komme. Eine Verlagerung der Spindel in nördliche Richtung würde unweigerlich zu einem Konflikt mit der Kreuzung B 56/Südstraße führen. Ein weiterer Aspekt sei, dass der Investor über das Tacke-Grundstück nicht verfüge. Man befinde sich zwar in Gesprächen mit der Gruppe von Eigentümern, wobei die Interessen (Kaufpreisvorstellung) noch weit auseinander lägen. Durch eine Reduzierung der Stellplätze habe man eine Verbesserung herbeiführen und mittels Schallgutachten und Luftgutachten erfreulicherweise feststellen können, dass sich die Situation der Anlieger sogar verbessere. Es sei nachgewiesen worden, dass die Spindel zur Bewältigung der Verkehre notwendig ist und eine verträgliche Lösung darstelle.

Herr Siegfried legte begründet dar, weshalb der zusätzliche temporäre Zugang zum Einkaufszentrum während der Bauphase erforderlich werde, aber nach Fertigstellung wieder entfallen soll. Es sei gewollt, dass die Frequenzen auf den Marktplatz gelangen. Wenn der Marktplatz der Ort sei, auf dem urbanes Leben stattfinden soll, müsse selbstverständlich auch der Zugang darauf konzentriert werden.

Er erläuterte, dass bis zu einem bestimmten Zeitpunkt während der Bauphase die Zufahrt über die

Marktstraße erhalten werden könne und zwar bis zum Abriss in diesem Bereich. Danach erfolge die Zufahrt in einem bestimmten Zeitfenster über die Südstraße.

Die Höhe des Kopfbauwerks des System-Parkhauses an der Rathausallee liege bei ca. 20 m. Im Verlauf nehme die Höhe stufenweise ab. Hier habe sich gegenüber der Darstellung in der letzten Lenkungsgruppe keine Veränderung ergeben.

Bei der Ausweisung der Hubert-Minz-Straße als Anlieferstraße handele es sich um ein Versehen. Er zeigte auf, dass sämtliche Anlieferungszone über die Rathausallee erschlossen werden.

Eine Erhöhung der Anzahl der Behinderten- und Frauenparkplätze sei grundsätzlich möglich, führe dann aber aufgrund der größer dimensionierten Behindertenparkplätze zu einer geringfügigen Veränderung der Zahl der Gesamtstellplätze. Grundsätzlich sei das Gros der Stellflächen breiter geplant, als normalerweise üblich. Laut Gutachten müssten mindestens 1.611 Stellplätze nachgewiesen werden. Tatsächlich nachgewiesen würden laut Planung 1.749 Stellplätze. Im B-Plan werde optional die Möglichkeit eingeräumt, bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt die Anzahl auf 2.100 Stellplätze zu erhöhen. Die Voraussetzungen könnten durch eine Aufstockung des Systemparkhauses geschaffen werden.

Herr Hennig führte aus, dass sich das Thema Fußgängerquerung im Bereich Sandstraße aus dem Bürgerforum heraus zum Diskussionspunkt entwickelt habe. Die Anregungen und Bedenken zur Verkehrssicherheit im Hinblick auf die Führung der Fußgängerverkehre an der Zufahrt zur Spindel vorbei seien aufgegriffen worden. Als Ersatz zur Erreichung der Haltestelle werde auf der dem heutigen Weg gegenüber liegenden Seite ein Weg mit einer Überquerungshilfe zur Haltestelle angelegt. Auch der Wunsch, von der B 56 aus zu Fuß oder mit dem Fahrrad direkt auf die Brücke zu gelangen, wurde planerisch realisiert. Die Zuwegung beginne unmittelbar an der Kreuzung Sandstraße/Zufahrt Busbahnhof mittels einer Rampe, die auf das Brückenbauwerk über die Bahntrasse führt. Die behindertengerechte Erschließung sei gesichert durch die Aufzuanlagen. Zusätzlich gebe es Treppenaufgänge zur Brücke über die Bahntrasse. Die Erreichbarkeit aus der Sandstraße kommend über die B 56 sei durch Fußgängerfurten nördlich und südlich der Einmündung Sandstraße gesichert. Die bereits bestehende Furt werde um eine weitere ergänzt. Die Fußgängerfurten seien Bestandteil der Signalanlage. Zebrastreifen dürften nur angelegt werden, wenn keine Ampeln vorhanden wären. Mit den Stadtwerken Bonn befinde man sich in Abstimmungsgesprächen, um die verkehrsgerechte Planung, wozu auch die behindertengerecht Ausgestaltung zähle, voran zutreiben. Auch mit den Behindertenverbänden sei bereits gesprochen worden, wobei man sich u. a. auf entsprechende Modelle zur Ausführung der Übergänge (Bordsteinabsenkung etc.) verständigt habe. Den Fußgängerbedingungen in dem gesamten Bereich werde somit Rechnung getragen. Zu der vorgetragenen Befürchtung, dass es durch von Radverkehren aus Richtung Siegburg kommend in Richtung Sankt Augustin-Ort aufgrund von Rotphasen ausgelösten Rückstaus des Autoverkehrs kommen könne, verwies Herr Hennig auf die Untersuchungen durch das Büro Gevas, um zu allen betroffenen Kreuzungsbereichen Leistungsnachweise zu erhalten. Für den Bereich Sandstraße seien die Ergebnisse so, dass die Verkehre locker zu bewältigen sind.

Herr Johannsen trug vor, dass der Spielplan für das Bürgerforum zunächst durch das Center-Management erstellt und betreut werde. Es gehe u. a. um Sicherheitsfragen, die im Rahmen von Veranstaltungen bedacht werden müssen. Gleichwohl wolle man die Stadt mitnehmen, was in einer Vielzahl von Gesprächen in der Vergangenheit auch angesprochen worden sei. Die Abstimmung mit der Stadt werde auf das intensivste nachgesucht. Sobald die Planungen zum Bürgerforum weiter vorangetrieben sind, werden die Gespräche weiter geführt, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Die Mitarbeiterparkplätze werden in den obersten Ebenen des Systemparkhauses ausgewiesen.

Herr Gleß legte dar, er nicht mit Plänen zu einer Neugestaltung oder gar eines Neubaus des Rathauses aufwarten könne. Dies müsse aber auch nicht sein, da das Rathaus an der richtigen Stelle stehe, nämlich in der Mitte der Stadt, wo es auch hin gehöre. Auch die Kubatur erachte er persönlich als ausreichend, auch wenn man sich zur Außenfassade etwas anderes vorstellen könnte.

Hiernach fasste der Ausschuss folgende Beschlüsse: